

Egelsbach/Langen (DZ/hs) – Herbe Kritik haben sich Rudi Moritz und Frieder Gebhardt, die Bürgermeister der beiden Nachbarkommunen, mit ihrem Alleingang bei der Unterzeichnung eines neuen Gesellschaftervertrags der Hessischen Flugplatz GmbH (HFG) eingehandelt. In der Aushebelung der bislang gültigen „Protokollnotizen“, in denen diverse Beschränkungen des Flugplatz-Betriebs festgeschrieben waren, sieht beispielsweise die Egelsbacher SPD „eine grobe Missachtung des Parlaments und des Gemeindevorstandes“.

Für Dieter Wolk ist es ein „ungeheuerlicher Vorgang, dass Rudi Moritz seine engsten Mitstreiter im Rathaus einfach übergeht“. Der Vorsitzende der Egelsbacher Gemoss hat denn auch kein Verständnis für die „geheime Mission“ des Verwaltungsbosses, „der noch nicht einmal den Gemeindevorstand in seine Absichten eingeweiht“ hatte. Durch sein Vorgehen habe Moritz, dem Wolk mangelnde Teamfähigkeit attestiert, nicht nur das Vertrauensverhältnis zum Gemeindevorstand, sondern auch zum Parlament nachhaltig gestört.

„Es kann doch nicht angehen, dass der Bürgermeister immer wieder am Parlament vorbei regiert“, erinnert Wolk daran, dass Moritz „gerade in Sachen Flugplatz alles unterlassen hat, die Gemeindevertretung frühzeitig über die Absichten der HFG zu informieren“. So habe der Rathaus-Chef schon vor einem Jahr von der finanziellen Schieflage der Flugplatz-Betreiberin und ihrer Absicht gewusst, einen „Inves-tor ins Boot zu holen, es aber nicht für erforderlich gehalten, die direkt Betroffenen zu informieren, klagt Wolk.

Diese mangelnde Transparenz ist nach Meinung des SPD-Vorsitzenden typisch für den Bürgermeister, der bei allen Problemen abtauche und die anderen Akteure verantwortlich mache. „Meist sind die Politiker an allem schuld, nur er nicht.“ Diese Einstellung und Haltung dürften sich die Parlamentarier nicht länger gefallen lassen, mahnt Wolk und ergänzt: „Es ist in letzter Zeit schon viel zu viel schief gelaufen in Egelsbach.“

Kritisch geht der Sozialdemokrat auch mit dem Demokratieverständnis des Bürgermeisters ins Gericht. „Rudi Moritz versucht mit allen Mitteln das urdemokratische Instrument ‚Bürgerbegehren‘ auszuhebeln“, moniert Wolk, dass sein Ex-Parteifreund alles andere als bürgerfreundlich gehandelt habe: „Es kann nicht angehen, dass er im Alleingang die Protokollnotizen aus der Hand gibt und dadurch das Bürgerbegehren, das von über 30 Prozent der Egelsbacher Wahlberechtigten unterschrieben wurde, ad absurdum führt.“ Schließlich habe auch der Hessische Verwaltungsgerichtshof deutlich gemacht, dass er das Bürgerbegehren als durchaus zulässig einstufte. „Umso unverständlicher ist Moritz‘ Unterschrift unter den neuen Gesellschaftervertrag“, lautet Wolk's Fazit.

Ähnlich sieht es Felix Fischer, der in einer Pressemitteilung ätzt, dass „der Herr Landgraf wieder einmal zugeschlagen hat“. Der Vorsitzende der örtlichen Jusos sieht in den wiederholten Alleingängen Moritz' den Beleg dafür, dass dieser offenbar der Ansicht sei, die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung würden für ihn nicht existieren. Für die Jusos stellt das Verhalten des Rathaus-Chefs einen Affront gegen die Bürger in Langen und Egelsbach sowie eine Missachtung sämtlicher Entscheidungsgremien.

Es stelle sich daher zum wiederholten Mal die Frage, so Fischer weiter, wie man „das grobe Fehlverhalten des Egelsbacher Bürgermeisters ahnden soll“. Angesichts diverser Entscheidungen „über die Köpfe des Gemeindevorstands hinweg“ fordert der Juso-Boss die Parlamentarier auf, „über die Einleitung entsprechender Verfahren gegen Moritz nachzudenken“. Denn so wie bisher könne und dürfe es in Egelsbach nicht weitergehen. Daher müssten auch die Mitglieder des Gemeindevorstandes darüber nachdenken, „ob eine Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister noch sinnvoll ist“. Egelsbach, so Fischers Resümee brauche „endlich wieder einen starken und vor allem kompetenten Bürgermeister“.

Verbale Watschen gibt's aber nicht nur für den Verwaltungsboss der Tränkbachgemeinde, sondern auch für seinen Langener Amtskollegen. Ursula Langenberg, Sprecherin der dortigen „Initiative für ein Bürgerbegehren gegen Verkauf und Ausbau des Flugplatz Egelsbach“, hält Frieder Gebhardt in einem „Offenen Brief“ vor, dass er mit seiner Unterschrift zur Änderung des HFG-Gesellschaftervertrags ohne Not auf den Einfluss verzichtet habe, der sich aus den „Protokollnotizen“ für die Stadt Langen ergeben hatte. Bislang nämlich hätten Beschlüsse zur Verlängerung der Start- und Landebahn nur durch ein einstimmiges Votum aller Gesellschafter gefasst werden dürfen.

Der neue Gesellschaftervertrag ermöglicht der Firma „NetJets“, die nunmehr bekanntlich 80 Prozent der HFG-Anteile besitzt, hingegen dieses Projekt auch gegen den etwaigen Willen der Minderheitsgesellschafter Langen und Egelsbach zu realisieren. Langenberg erinnert Gebhardt daran, „dass sich mehr als 3.500 Wahlberechtigte aus Langen für ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf ausgesprochen haben, weil sie es für notwendig halten, dass die Stadt Langen als Anteilseigner die Interessen der Langener Bürger in den HFG-Gremien vertritt“.

Das Verhalten des Langener Stadtoberhauptes legt jedoch nach Meinung der BI-Sprecherin den Verdacht nahe, „dass die Öffentlichkeit über diesen Vorgang im Unklaren gehalten werden sollte“. Langenberg fordert Gebhardt daher mit Nachdruck auf, „die Bürger unverzüglich und umfassend über die Vertragsänderungen zu informieren“. Zudem müsse er deutlich machen, wie die Stadt die Interessen der Bürger in dem Planfeststellungsverfahren zur Pistenverlängerung vertreten wolle.